Gustav Rietz, Leipzig, Hoflieferant. empf. Cigarren: Prinz Friedrich August. 100 Stück 6 Mk. portofrei.

— Se. Königl. Hoheit der Prinz **Johann Georg** ist gestern Vormittag 8 Uhr 18 Minuten aus Wien zurückgekehrt.

— Heute findet im Königl. Residenzschlosse **Kammerball** statt.

— Das siebente Verzeichniß der bei der Zweiten Kammer eingegangenen Petitionen ist erschienen. Die Zahl der Petitionen erhebt sich darnach auf 189. Gesuche um Eisenbahnbauten befinden sich darunter folgende: um Erbauung einer Eisenbahn Krumhermsdorf-Hohnstein an Stelle der projektirten Linie Neustadt-Hohnstein; um die Einbeziehung der Stadt Frauenstein in das Eisenbahnnetz bez. die Erbauung einer Eisenbahn Niederbobritzsch-Frauenstein-Landesgrenze; um Errichtung eines Haltepunktes für Personenverkehr zwischen den Bahnhöfen in Annaberg und Buchholz; um Erbauung einer Eisenbahn [illegible]; um Erbauung einer Eisenbahn von Lengenfeld nach Reichenbach; um Erbauung einer Eisenbahn Dresden-[illegible]; um Erbauung einer Eisenbahn Königsbrück-Schwepnitz-[illegible]; um Erbauung einer Eisenbahn von Grünthal nach [illegible]; um Erweiterung der Personenhaltestelle Niederlauwitz für den Güterverkehr; um Erbauung einer Eisenbahn von Königsbrück nach Schwepnitz mit Anschluß an die Linie Kamenz-Straßgräbchen.

— Herr Stadtverordneter Schornsteinfegermeister Anders hat sein Mandat als Stadtverordneter niedergelegt.

— In der am Montag Nachmittag stattgefundenen Versammlung des **konservativen Vereins** waren nur durch Karten Einladungen ergangen. Die Versammlung trug daher einen sehr privaten Charakter, sie war aber insofern sehr besucht, als die Eingeladenen nahezu sämmtlich erschienen waren, um Dr. Arendt ... den Versuch machen zu wollen, in allgemein faßlichen Ausführungen darzulegen, daß das große historische Experiment der Beseitigung des Silbers als Weltgeld vollständig mißglückt sei. Redner ging aus von dem französischen Münzgesetz von 1803, das zuerst die gesetzliche Doppelwährung im Verhältniß von 1 : 15½ eingeführt hat. Da man [illegible] Gold oder Silber unverhältnißmäßiger eintauschen konnte, als in Frankreich bekommen konnte, so vergaß man in [illegible] das Werthverhältniß 1 : 15½ eigentlich künstlich durch [illegible] war. Seit 1850 aber veränderte sich plötzlich die Goldproduktion. Man glaubte nunmehr angesichts der [illegible] Silberabfluß, die anscheinend nicht bewältigt werden konnte, das Goldbedürfniß künstlich erweitern und den Silberbedarf künstlich einschränken zu sollen. Deshalb empfahl die erste Pariser Münzkonferenz im Jahre 1867 die Einführung des Goldes als internationale Währungseinheit. Man handelte also damals offenbar in gutem Glauben. Dann kam die Einführung der Goldwährung im Deutschen Reich. Da aber dennoch die Thaler volle gesetzliche Zahlkraft behielten, so stießen die französischen Staatsmänner Alarmrufe aus, man solle sich vor der Ueberschwemmung mit deutschen Thalern hüten. Infolgedessen wurden in Frankreich die Silberprägungen suspendirt, das Werthverhältniß 1 : 15½ hörte auf zu existiren und die Silberkalamität begann. Nun sagten zwar Bamberger und Genossen: „Seht Ihr, wie gut wir gethan haben, noch rechtzeitig zur Goldwährung überzugehen." Des Pudels Kern ist aber, daß durch diesen Uebergang der [illegible] erst ins Leben gerufen wurde [illegible] mit dem fortschreitenden Geldbedarf der Mangel des Goldes fühlbar und so sah sich bereits die zweite Pariser Münzkonferenz veranlaßt, vor jeder Erweiterung der Goldwährung [illegible] zu warnen. Das Gold wurde stetig theurer und [illegible] die wirthschaftlich soziale Bedeutung der Währungsfrage im Gegensatz zu der rein münztechnischen Seite ein. Von der Lösung der Währungsfrage ist die gesammte Nation in ihrem Wohlergehen abhängig. Eine Verminderung des Geldwerthes wirkt darauf, daß alle Waarenpreise steigen. Der steigende Gewinn infolge des allgemeinen wirthschaftlichen Aufschwunges führt aber schließlich zur Ueberspannung der Produktion und damit zu einem Krach. Ein Steigen des Geldwerthes bedeutet Rückgang der Waarenpreise. Der Absatz stockt, der Lohn sinkt und das Ende ist der Bankerott. Im ersten Falle werden bei dem Schuldverhältnisse die Gläubiger, im zweiten die Schuldner geschädigt. Beide Zustände sind vom Uebel, für die Industrie ebenso sehr wie für die Landwirthschaft. Nun sagen die Anhänger der Goldwährung, daß die Wiedereinführung der Doppelwährung eine Entwerthung des Geldes zur Folge haben würde. Aber dieser Vorwurf beruht auf der tendenziösen Unterstellung, daß Deutschland einseitig die Initiative zur Doppelwährung ergreifen solle. Der Bimetallismus verlangt aber in Wirklichkeit die Einführung der **internationalen Doppelwährung**, sei es zum Verhältniß von 1 : 15½ oder zu einer nachgewiesenermaßen günstigeren Relation. Dadurch verschwindet die Silberentwerthung, ehe an die Neuprägung gegangen wird und man kann daher nicht sagen, daß das Geld durch die Aufnahme des entwertheten Silbers im Werthe vermindert würde. Die Kernfrage ist: Haben wir zu viel Silber und zu wenig Gold? Darauf ist zu antworten, daß die Statistik einen Silbervorrath nachweist, der im Verhältniß zum Weltbedarf durchaus nicht als übermäßig bezeichnet werden kann. Die Goldproduktion ist dagegen thatsächlich in steter Abnahme begriffen. Die „Neufunde" in Afrika hängen mit einem krassen Börsenschwindel zusammen. Der bekannte Geologe Prof. Süß in Wien hat erklärt, daß er mit der größten Sicherheit, mit der ein Naturforscher aus Thatsachen urtheilen, erklären könne, daß die natürlichen Verhältnisse ein Anwachsen der Goldproduktion ausschließen. Die Goldwährung sei daher auf die Dauer nicht aufrecht zu erhalten. — Lebhafter Beifall lohnte den eminent interessanten Vortrag, dessen ruhige Objektivität ebenso wohlthuend wie seine wissenschaftliche Gründlichkeit überzeugend wirkte. In der Debatte sprachen die Herren Konsul Menz, Landmann Baumgart, Reichstagsabgeordneter Dr. v. Frege und Oekonomierath Dr. v. Langsdorff. Konsul Menz trat in einigen allgemeinen Wendungen für die Goldwährung ein, die Herr Dr. Arendt jedoch widerlegte. Herr Baumgart erklärte prinzipiell seine Zustimmung zum Bimetallismus. Herr Dr. v. Frege betonte hauptsächlich die Gefahr des jetzigen Zustandes im Falle eines kriegerischen Konflikts und Herr v. Langsdorff erläuterte an der Hand einer von ihm verfaßten graphischen Darstellung, die einer Petition der landwirthschaftlichen Kreisvereine Sachsens um vermehrte Silberprägung [illegible] an den Reichstag zu Grunde gelegt worden ist, die Bewegung der Weltmarktpreise von 16 wichtigeren Rohwaaren und des Silbers 1873/93, sowie das Verhältniß dieser Weltmarktpreise in der Zeit von 1871/93 zu dem vor 1873.

— Etwa achtzig Mitglieder des Allgemeinen Hausbesitzervereins fanden sich vorgestern Abend im Weißen Saale der „Drei Raben" ein, um einen Vortrag des Herrn Stadtverordneten Baumeister Hartwig über „**Städtische elektrische Centralen** im Verhältniß zu Einzel-Anlagen und Blockstationen" entgegenzunehmen. Der Herr Vortragende begann an der Hand seines schon mehrfach besprochenen, 90 Seiten umfassenden Buches mit dem Kapitel der Stromvertheilung und bezeichnete von vornherein den Umstand, daß die Leitungsdrähte aus dem so theuren Kupfer bestehen müssen, als die Achillesferse elektrischer Licht-Anlagen. Es sei eine wunderbare Eigenart des elektrischen Stromes, daß er um so stärkere Leitungen verlange, je größer die Entfernung sei, auf welche er vertheilt werden solle. Bei Gas- und Wasserleitungen könne man, wenn sich eine Verlängerung oder eine Vermehrung der Abnehmer nöthig mache, einfach die entsprechende Anzahl gleich starker oder auch stärkerer Rohre ansetzen. Beim elektrischen Strom liege die Sache aber ganz anders. Hier sei mit einer Verlängerung der Leitung durch Drähte in derselben oder einer größeren Stärke nichts ausgerichtet, man müsse vielmehr die ganze Leitung von ihrem Ausgangspunkte an den erhöhten Anforderungen entsprechend verstärken, also neu herstellen, oder für die Anzahl von Glühlampen, um derentwillen die Verlängerung hätte eintreten müssen, eine Extra-Leitung von der gemeinsamen Stromstation aus schaffen. Sei beispielsweise bei einer Leitungslänge von 200 Mtrn. ein Draht-Durchschnitt von 518 Quadratmillimetern erforderlich, so wachse derselbe bei einer Länge von 2000 Mtrn. schon auf 5431 Qu.-Mill.-Mtr., also das Zehnfache, und wie mit der Entfernung die erforderliche Dicke der Leitungsdrähte ins Ungeheuerliche wachse, so natürlich auch die Kosten. Nachdem Redner den Unterschied zwischen oberirdischer und unterirdischer (Kabel-) Leitung, das Einschalten von Blei als Schutz gegen das Zerschmelzen der Drähte bei zu großer Spannung, ferner das 2-, 3- und 5-Leitersystem und den Unterschied zwischen Gleich- und Wechselstrom einer kurzen Besprechung unterzogen, ging er näher auf die Vertheilung des Stromes durch große Centralen ein und erklärte dieselbe auf Grund der vorhergegangenen Erläuterungen und Nachweise als durchaus unräthlich und unpraktisch. Dies bestätige auch das Urtheil der drei Dresdner Sachverständigen, der Herren Professoren Weinhold, Rittershaus und Lewicki, deren Gutachten der Herr Vortragende zur Verlesung brachte. Auf das Kapitel der Stromverwerthung übergehend, hob Redner die Vortheile des Bogenlichtes gegenüber dem Glühlicht hervor. Das Bogenlicht sei zwar nicht so theilbar als das Glühlicht, komme aber dem Sonnenlichte weit näher, da die Kerzenstärke, auf welche es gebracht werden könne, eine fast unbegrenzte sei. Während man sich beim Glühlicht zwischen den Stärken von 16—25 Kerzen zu bewegen habe, sei das Bogenlicht schon auf eine solche von zwei Millionen Kerzen gebracht worden. Außerdem koste das Bogenlicht nur den zehnten Theil des Glühlichts, da eine Pferdekraft, welche zu 10 à 16 Kerzen Glühlampen nöthig sei, auch ein Bogenlicht von 1500 Kerzenstärke speise. Ein weiterer Vorzug des Bogenlichtes sei der, daß man dabei hochgespannte Ströme verwenden könne. Redner wies sodann an der Hand von Beispielen aus anderen Städten nach, daß die Stromversorgung aus Centralen viel theurer zu stehen komme als bei Einzel-Anlagen und Blockstationen. Schon wer 50 Glühlampen brauche, fahre besser, wenn er sich hierzu eine eigene Elektrizitätsquelle schaffe, als diese 50 Glühlampen von einer Centrale versorgen zu lassen. Beweis dafür sei, daß in Berlin eine große Anzahl von Hotels, Theatern, Restaurants und kaufmännischen Geschäften bereits von der Centrale abgesprungen seien und sich ihr elektrisches Licht selbst herstellten oder zum Auer'schen Gasglühlicht übergehen. Bei dem großen Krankenhaus St. Urban in Berlin, das auch seine eigene Anlage habe, seien die Kosten eines Jahres bei 2 Millionen Brennstunden mit 45,415 M. gedeckt worden, während dieselben bei dem Bezug des Lichtes aus der Centrale nach genauer Berechnung 91,000 M. betragen haben würden. Man komme daher immer wieder darauf zu, daß eine Centrale auf Stadtkosten ein verkehrtes Unternehmen sei. Das einzig Richtige sei außer den Einzel-Anlagen nur in der Vertheilung von Blockstationen zu erblicken und dies umsomehr, als dereinst nicht so viel Material ins alte Eisen wandern müsse, falls auf diesem Gebiete etwas Neues gefunden würde, das die heutigen Anlagen verdränge. — Dem Redner wurde am Schlusse die Anerkennung der Versammlung durch Erheben von den Sitzen bekundet.

— **Aus der Gesammtrathssitzung** vom 9. d. M. Das Handschreiben Sr. Majestät des Königs auf die Glückwünsche vom Rath und Stadtverordneten, welche dieselben zum Jahreswechsel dargebracht haben, lautet: „Der Beginn des neuen Jahres hat dem Rathe und den Stadtverordneten Meiner allezeit getreuen Haupt- und Residenzstadt nach altem Brauche Anlaß gegeben, ihre Glück- und Segenswünsche in einer besonderen Adresse Mir darzubringen. Mit lebhafter Befriedigung habe Ich von dem Inhalte derselben Kenntniß genommen. Dean sie gedenkt vor Allem der Gnade Gottes, die das verflossene Jahr durch die Erfüllung froher Hoffnungen und glückliche Ereignisse in Meiner Familie zu einem Jahre hoher Freude für Mich und Mein Haus werden ließ, und erinnert an die allseitigen Kundgebungen von Liebe und Treue, unter welchen Ich die Feier Meines 50jährigen Militärdienstjubiläums im verflossenen Jahre begehen konnte. In dem Hinweise auf diese freudigen Ereignisse erblicke Ich ein neues Zeugniß der Theilnahme und treuen Anhänglichkeit, welche die Einwohnerschaft Meiner Residenzstadt mit Mir und Meinem Hause verbindet. Ich danke daher dem Stadtrathe und den Stadtverordneten für diese Kundgebung und wiederhole Ihnen hierbei gern die Versicherung Meines landesväterlichen Wohlwollens. Dresden, am 3. Januar 1894. Albert." — In die durch den Tod des Direktors Edelmann erledigte Direktorstelle des statistischen Amtes beschließt der Rath, dessen bisheriges Mitglied Dr. phil. Eugen Würzburger einrücken zu lassen. — Da die Herren Oberschulrath Dr. Hultsch und Major a. D. Demiani das Amt als Armenpfleger aus Gesundheitsrücksichten abgelehnt haben, so werden für diese die Herren Hauptmann a. D. Preusker und Rentner Köhler zu Armenpflegern gewählt.

— Der konservative Verein begeht auch in diesem Jahre die Feier von **Kaisers Geburtstag** in festlicher Weise. Die Feier findet am 27. d. M. im großen Saale des Gewerbehauses statt. Die Festrede hält Herr Fhr. v. Schorlemer. Den gesanglichen und musikalischen Theil haben der Männergesangverein und die Trenkler'sche Kapelle übernommen.

— Graf **Herbert Bismarck** traf Sonntag Abend von Berlin in Zittau ein und begab sich sofort mittels Geschirrs nach Reibersdorf, um als Gast des Grafen v. Einsiedel an den Jagden theilzunehmen.

— Im Saale des Tivoli findet morgen Abend eine von der Freien Vereinigung **Kampfgenossen 1870/71** veranstaltete große Festfeier zur Erinnerung an die Wiederaufrichtung des Deutschen Reiches statt, zu welcher auch Se. Königl. Hoheit Prinz Georg seinen Besuch zugesagt hat. Von Seiten des geschäftsführenden Ausschusses der genannten Vereinigung ist ein so reichhaltiges, interessantes Programm aufgestellt worden, daß ein zahlreicher Besuch dieser Feier wohl zu erwarten steht, umsomehr als der Preis für die Eintrittskarten im Vorverkauf (s. Inserat) auf nur 30 Pfg. gestellt ist.

— Herr Hofhutmacher **Lehmann**, König-Johannstraße, sandte am Montag Sr. Königl. Hoheit dem Prinzen Georg dem Jüngeren einen herzlichen Glückwunsch und legte demselben als Jahresangebinde für den jungen Sprossen des Hauses Wettin einen schmucken Hut bei, der von dem hohen Elternpaare des erlauchten Prinzen huldvoll angenommen ward. Bekanntlich liefert die genannte Firma seit mehr als hundert Jahren für das sächsische Königshaus die Hüte.

— Der von den Erben eines verstorbenen Großkaufmanns jetzt nachzuzahlende Fehlbetrag der **Staatseinkommensteuer** soll nahe an 500,000 Mk., der eines jüngst verstorbenen Rentiers 100,000 Mk. betragen.

— Nachdem erst kürzlich in der Neustadt eine **jugendliche Diebesbande** ausgemittelt worden war, die namentlich während des Christmarktes allerlei Ladendiebstähle verübt hatte, sind dem Vernehmen nach dieser Tage wieder 3 Schulknaben von hier im Alter von 13 bis 14 Jahren erlangt worden, welche in ganz ähnlicher Weise in der letzten Zeit hier operirt haben und zwar besonders in der Altstadt. Die drei Spitzbuben gingen gemeinsam in irgend ein Geschäft, ließen sich dort Verschiedenes vorlegen, und während so einer von ihnen den betreffenden Verkäufer beschäftigte, stahlen die anderen beiden wie die Raben. In ihren ärmlichen Wohnungen fand man noch allerlei Gegenstände, als Schlipse, Geldtäschchen, Handschuhe, Shlipsnadeln, Operngläser u. s. w., vor, die sie nach und nach zusammengestohlen hatten. Dabei hatten die Knaben nicht schlecht gelebt, sondern in verschiedenen Wirthschaften Kulmbacher Bier getrunken und Billard gespielt. Sie wurden verhaftet und an das Gericht abgeliefert.

— Das Stiftungsfest des akademischen Klubs „**Lechitia**" findet nicht, wie gestern gesagt wurde, am 28. d. M., sondern am 29. im Königl. Belvedere statt.

Fortsetzung des örtlichen Theiles auf Seite 4 u. 9.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Der preußische Landtag wurde gestern mit einer von dem Könige verlesenen Thronrede eröffnet, in der es heißt: Die Finanzlage des Staates hat sich noch nicht gehoben. Die Rechnung des Jahres 1892/93 ergiebt, wesentlich in Folge des Zurückbleibens der Einnahmen der Staatseisenbahnen gegen den Anschlag, einen Fehlbetrag von rund 25 Millionen Mark, welcher durch eine Anleihe zu decken sein wird. In dem Staatshaushalts-Etat für 1894/95 erweisen sich die Einnahmen des Staates wiederum als unzureichend zur Deckung des Ausgabebedarfs, und es muß dazu der Staatskredit noch in größerem Umfange in Anspruch genommen werden, als für das laufende Jahr. Dieses unerwünschte Ergebniß war, obgleich bei den Staatseisenbahnen für das nächste Jahr größere Ueberschüsse in Aussicht genommen werden konnten, nicht zu vermeiden, da die Anforderungen des Reiches an die Einzelstaaten in erhöhtem Maße gestiegen sind. Die Fürsorge der Staatsregierung für die äußere Lage der Beamten hat sich unter diesen Umständen im Wesentlichen darauf beschränken müssen, das System des Aufsteigens im Gehalt nach Dienstaltersstufen auf die höheren Beamten auszudehnen und die Mittel bereit zu stellen, um dieses System für die mittleren und unteren Beamten gleichmäßiger und durch die Mitberücksichtigung diätarischer Dienstzeit günstiger zu gestalten. Für die Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen nichtstaatlichen mittleren Schulen soll durch eine Vorlage gesorgt werden, welche das Ruhegehalt der Lehrpersonen, sowie das Wittwen- und Waisengeld für ihre Hinterbliebenen zu regeln bestimmt ist. Mit schwerer Sorge erfüllt Mich die schwierige Lage, in welcher die Landwirthschaft zu einem großen Theile sich befindet und Ich erkenne es als die Aufgabe Meiner Regierung, nicht nur fortgesetzt das Gedeihen der Landwirthschaft zu fördern, sondern auch eine Gestaltung der Rechtsverhältnisse des ländlichen Besitzes zu erstreben, die ihn in den Stand setzt, auch ungünstige Zeiten zu überwinden. Die Herstellung einer allgemeinen korporativen Vertretung der Landwirthschaft ist der erste nothwendige Schritt zu dem bezeichneten Ziele. Diese Vertretung wird berufen sein, die Hebung der Landwirthschaft durch gemeinsame Einrichtungen zu betreiben, der Regierung als Beirath zu dienen und bei der Vorbereitung und Durchführung der Maßregeln der Gesetzgebung und Verwaltung mitzuwirken, welche auf die Verbesserung des Kreditwesens und die Beseitigung der Uebelstände gerichtet sind, die auf der übermäßigen Verschuldung des Grundbesitzes und den ungeeigneten Formen derselben beruhen. Zu diesem Behufe wird Ihnen der Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung von Landwirthschaftskammern vorgelegt werden.

Zur Trauung des Prinzen Otto von Lippe-Schaumburg wird der „Allg. ev.-luth. Kirchenztg." nochmals aus Metz von zuverlässigster Seite geschrieben: „Der Prinz Otto von Schaumburg-Lippe, nachdem er am 28. November katholisch getraut worden war, reiste alsbald hierher und wurde am 29. November hierselbst in der großen evangelischen Garnisonkirche durch Militär-Oberpfarrer Büßler Nachmittags 4 Uhr öffentlich getraut im Beisein des kommandirenden Generals des 16. Armeekorps, Sr. Excellenz des Grafen Haeseler, sämmtlicher Generalstabsoffiziere und einer vielhundertköpfigen Menge; der Prinz in Galauniform und die Braut in vollem Brautschmuck, nachdem der Prinz unmittelbar vor der Trauung in seiner Wohnung dem Militär-Oberpfarrer den Revers unterschrieben, dessen Inhalt, wie ich höre, Ihr Blatt schon recht genau gebracht haben soll. In dem Revers erklärt der Prinz, was er vorher schon dem Militär-Oberpfarrer auf sein Fürstenwort versichert hatte, daß er der päpstlichen Kirche weder direkt noch indirekt das Versprechen katholischer Kindererziehung gegeben habe."

Die Thatsache, daß der Rücktritt des Prinzen Reuß von dem Botschafterposten in Wien sich nun doch bestätigt, liefert wieder einmal einen Beitrag zur Beurtheilung des Werthes der offiziösen Berichtigungen. Das Entlassungsgesuch ist schon vor Wochen eingereicht; aber als der Schritt damals gemeldet wurde, folgte der Meldung ein geharnischtes Dementi auf dem Fuße nach. Und nun stellt die „Erfindung" sich doch als Thatsache heraus. Daß der Wechsel einigen Eindruck macht, ist wohl begreiflich; denn Prinz Reuß hat das Reich seit fünfzehn Jahren in Wien vertreten, und bald nach seinem Amtsantritt hat sich die intime Gestaltung der Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn vollzogen, die noch heute als eine der größten Thaten der Bismarckschen Politik gilt. Gewiß mag das diplomatische Geschick des Prinzen Reuß mit dazu beigetragen haben, die Vollziehung des Bündnisses anzubahnen. Dieses selbst aber ist doch als das eigenste Werk des Fürsten Bismarck anzusehen, der auch selbst zu dessen Abschließung nach Wien gegangen war. Und es ist auch ganz selbstverständlich, daß ein jetzt sich vollziehender Wechsel auf die intimen Beziehungen Deutschlands und Oesterreich-Ungarns zu einander ohne Einfluß bleiben wird. Graf Eulenburg, der jetzt neben dem Fürsten Radolin als Nachfolger des Prinzen Reuß bezeichnet wird, war schon, als vor einigen Wochen der Rücktritt des Prinzen angekündigt wurde, genannt worden.

Die Forderung für das Kaiser Wilhelmdenkmal wird voraussichtlich in der Budgetkommission des Reichstags einstimmig abgelehnt werden. Nachdem der Referent Graf Limburg-Stirum (kons.) für diese Ablehnung sich ausgesprochen, erhob man in der Kommission von allen Seiten bittere Klagen über die Gestaltung des Denkmals, welches in keiner Weise den Erwartungen des Volkes entspreche. Insbesondere sprachen sich auch die nationalliberalen Abgeordneten Enneccerus und Hammacher in dem Sinne aus, daß das projektirte Denkmal in keiner Weise die historische Wahrheit der Zeit Kaiser Wilhelms dem Beschauer vor Augen führe. Abg. Enneccerus meinte, man müsse den Kaiser darstellen inmitten der Männer, welche ihn bei seinem Einheitswerk unterstützt hätten. Das Denkmal mache den Eindruck, als ob auf eine Periode des Fleißes und der Sparsamkeit eine Periode des Glanzes und der Verschwendung folgen solle. Aehnlich sprachen sich die Abgg. Gröber und Hammacher aus. Abg. Singer wies auf den Nothstand der Zeit und die schlechte Finanzlage hin.

Nach der „Tägl. Rundsch." hat der Kaiser in der Neujahrsrede an die kommandirenden Generale noch einmal Gelegenheit genommen, auf den Hannoverschen Spielerprozeß zurückzugreifen und allen höheren Vorgesetzten die sorgfältigste Auswahl der zur Offiziers-Reitschule zu kommandirenden Offiziere ans Herz gelegt. Ferner kam der Kaiser auf die Modeausschreitungen der Offiziere zu sprechen, erkannte zwar eine Besserung in dieser Beziehung an, empfahl jedoch mit der an einzelnen Stellen hervorgetretenen großen Strenge auch dort, wo es noch fehlt, vorzugehen, um das Uebel endlich vollständig auszurotten. Desgleichen befahl der Kaiser, daß ihm von jetzt ab über jede in der Armee vorkommende Soldatenmißhandlung von dem unmittelbaren Vorgesetzten sofort und noch vor Beginn der Untersuchung direkt telegraphische Meldung zu erstatten sei.

Ein Blatt (die Berl. Börs.-Ztg.) hat es wirklich fertig gebracht, schreiben die B. N. N., den Fürsten Bismarck dafür verantwortlich zu machen, daß Sybels Werk über die Begründung des neuen deutschen Kaiserreiches nicht über den fünften Band hinaus gediehen sei. Angeblich habe nur die Rücksicht auf den Kaiser von Oesterreich die Veröffentlichung des fertiggestellten sechsten Bandes verhindert. Diese Empfindung wird einfach dadurch widerlegt, daß der fünfte Band mit der Errichtung des norddeutschen Bundes abschließt und demnach Alles enthält, was irgendwie Bedenkliches und Heikles in Bezug auf den Kaiser von Oesterreich zu berichten sein mochte. Zu dem nächsten Bande wären nur noch die längst anderweitig bekannt gewordenen Thatsachen zu behandeln gewesen, daß vor dem Ausbruch des deutsch-französischen Krieges ein Bündniß zwischen Frankreich und Oesterreich-Ungarn abgeschlossen war, das nur deshalb nicht wirksam wurde, weil das deutsche Heer schnell Siege in Frankreich erfocht. Bekanntlich war ein solches Bündniß auch zwischen Frankreich und Italien zu Stande gekommen. Daß Oesterreich-Ungarn kurz nach Königgrätz daran dachte, für diese Niederlage Rache zu nehmen, ist nur zu begreiflich, während der Abfall Italiens von dem Bundesgenossen von 1866 weit abfälliger zu beurtheilen wäre. Aber Oesterreich-Ungarn hat sehr bald nach 1871 den Anschluß an das Deutsche Reich gefunden und ist seitdem dessen treuer Bundesgenosse geblieben. Am wenigsten kann dem allezeit ritterlichen und loyalen Kaiser Franz Josef persönlich ein Vorwurf aus seinem Verhalten nach 1866 gemacht werden und Herr v. Sybel würde gewiß die Person dieses Herrschers in der Schilderung dieses Zeitraumes ebenso taktvoll behandelt haben, wie er es in der ungleich schwierigeren Periode vor 1866 durchweg gethan hat. Es ist daher eine thörichte Erfindung, daß die Fortführung des Sybelschen Werkes mit Rücksicht auf den Kaiser von Oesterreich durch den Fürsten Bismarck verhindert worden sei. Auch die Behauptung eines anderen Blattes, daß die kaiserliche Zustimmung zur Ertheilung des Verdunpreises wegen eines sehr abfälligen Urtheils Sybels über den Vater der jetzigen Kaiserin versagt sei, erweist sich bei näherer Prüfung als nicht stichhaltig. Die vielfach zweideutige und schwankende Haltung des letzten Herzogs von Augustenburg, Friedrich VIII., erfährt im Sybelschen Werke eine durchaus objektive geschichtliche Kritik, die den persönlichen achtenswerthen Eigenschaften des Herzogs und der besonderen Schwierigkeit seiner Stellung volle Gerechtigkeit widerfahren läßt.

Ueber die vorgestrige Reichstagsrede berichtet die „Tägl. Rundsch.": Es trat plötzlich tiefe Stille ein, als sich Finanzminister Dr. Miquel zu einer anderthalbstündigen Rede erhob, mit welcher die so ungewöhnlich lang ausgedehnten Berathungen ihren Höhepunkt erreichten. Der frühere nationalliberale Parteiführer hatte unzweifelhaft einen sehr glücklichen Tag. Sich sorgsam frei haltend von jeder Gereiztheit, begann er sehr ruhig und langsam nur mit nachdrücklicher, fast wuchtiger Betonung zu sprechen. Dann aber erwärmte er sich, ward lebhaft, beschleunigte unter vielen Bewegungen des Oberkörpers die Schnelligkeit seiner wohlüberlegten Rede. In vollem Maß entfaltete er die Folgerichtigkeit, glänzende Dialektik und gesammte Redekunst, die ihm in so hohem Maße eigen sind. Aeußerst geschickt die Gegner bekämpfend und die Vorlage vertheidigend, führte er wenig trockene Zahlen, aber um so mehr allgemeine Gründe ins Feld. Mit ruhiger und rein sachlicher Darlegung wechselten Ironie und Polemik ab und wiederholt steigerte sich der Minister bis zu einem feurigen Pathos. Aus den Reihen der Rechten ertönte mehrfach Beifall, während die übrigen Parteien sich fast vollkommen schweigend verhielten.

Wie bereits gemeldet, ist gegen den Freiherrn Karl v. Thüngen, Präsidenten des Fränkischen Bauernbundes, wegen eines offenen Briefes durch die Berliner Staatsanwaltschaft wegen Amtsehrenbeleidigung des Reichskanzlers Anklage erhoben worden. Zu beachten ist hierbei jedoch daß der Artikel in Bayern von einem bayerischen Unterthan verfaßt, und in Würzburg zuerst erschienen ist. Freiherr v. Thüngen, der auf Requisition von Berlin vom Amtsgericht Brückenau vernommen wurde, soll trotzdem nach der „Bayr. Landesztg." nach einer ihm amtlich gewordenen Mittheilung dem zuständigen Schwurgerichte in Würzburg entzogen und vor das Landgericht Berlin gestellt werden, weil der Artikel ohne sein Zuthun (!) in einem Berliner Blatt abgedruckt worden ist. Der Freiherr wird gegen eine solche Maßregel Protest erheben und verlangen, daß er seinem zuständigen bayrischen Richter nicht entzogen werde.